Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 19. August 2011
Ausgabe 157
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Presse-Wapperl für den Wiesn-Start 3
› 261.083 Kilometer: München führt beim Klima-Bündnis-Stadtradeln 3
› FDP-Antrag zum Thema Markthallen kann nicht im Ferienausschuss des Stadtrats behandelt werden 4
› S-Bahn-Station Freiham wird in Finanzierungsprogramm des Freistaats aufgenommen 5
› Wertstoffhöfe bleiben am Samstag und Montag geschlossen 7
› Baureferat kündigt Baufirma wegen des Einsatzes Illegaler 7
› Verlängerung der Ausstellung „Neues Leben für die Isar“ 7
› Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche 8

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **9**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 20. August, 17 Uhr, Olympiastadion
Stadträtin Christiane Hacker (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum Finale des Boulder Weltcups 2011 der International Federation of Sport Climbing (IFSC). Die Finalwettkämpfe im Olympiastadion wurden von der Landeshauptstadt München zusammen mit dem Deutschen Alpenverein ausgerichtet.

Wiederholung
Montag, 22. August, 11 Uhr, Pumptrack-/Dirtline-Anlage in der Grünanlage an der Herterichstraße
Michael Brunner, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Gartenbau des Baureferates, stellt die neue Pumptrack-/Dirtline-Anlage in der Grünanlage an der Herterichstraße vor. Auf der neuen Anlage zeigen Bikerinnen und Biker zusammen mit dem Mountainbike-Profi Joscha Forstreuter, der maßgeblich am Planungskonzept mitgewirkt hat, ihr Können.
In der Grünanlage an der Herterichstraße entstand in den letzten Wochen die neueste Pumptrack-/Dirtline-Anlage Münchens. Auf rund 1.200 Quadratmetern bietet der abwechslungsreiche Parcours Fahrspaß für Anfänger und Könner aller Altersklassen gleichermaßen. Dirtbiken ist eine Trendsportart, bei der die jungen Bikerinnen und Biker nicht nur Fahrspaß haben, sondern vor allem den sicheren Umgang mit dem Rad erlernen. Das Befahren der Anlagen erfordert Kraft, Ausdauer und insbesondere Geschicklichkeit.
Vom Parkplatz der Bezirkssportanlage Solln (Höhe Herterichstraße 137, gegenüber der Kleinschönstadtkapelle) führt ein Fußweg östlich der Bezirkssportanlage zum Rodelhügel, hinter dem sich von der Straße aus gesehen der neue Dirt-Park befindet. Treffpunkt dort ist der gelbe Infopavillon des Baureferates.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Mittwoch, 24. August, 11.30 Uhr, Bauernfeindstraße 5
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Günter Scholz im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Donnerstag, 25. August, 11 Uhr, Guardinistraße 60, Haupteingang
Im Rahmen des Konjunkturpaketes II werden im Bereich der Landeshautptstadt München 50 Projekte zur energetischen Modernisierung von städtischen Gebäuden durch die Regierung von Oberbayern in Höhe von 44,3 Millionen Euro gefördert. Der Stadtrat hat ein zusätzliches Budget von 20,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Um die konjunkturbelebende Wirkung sicherzustellen, ist die Förderung an enge Vorgaben geknüpft: Die Maßnahmen durften frühestens ab Mai 2009 starten und müssen spätestens Ende 2011 fertiggestellt werden. Seit Vorliegen der Förderzusage arbeitet deshalb das Baureferat mit Hochdruck an der Umsetzung der energetischen Modernisierungen. Der Großteil der Arbeiten ist bereits abgeschlossen. Peter Grünwald, Koordinator der Maßnahmen in der Hauptabteilung Hochbau des Baureferates, informiert über die durchzuführenden Arbeiten und den aktuellen Baufortschritt der 50 Hochbauprojekte am Beispiel des Schulgebäudes Guardinistraße 60.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Meldungen

Presse-Wapperl für den Wiesn-Start
(19.8.2011) Auch heuer wird es zum Wiesn-Start im Schottenhamel-Zelt wieder links und rechts auf der Anzapfboxe zwei „Tribünen" für Wort- und Bildberichterstatter geben. Wer an der Berichterstattung interessiert ist, muss sich beim Presse- und Informationsamt (presseamt@muenchen.de oder Fax 2 33-2 59 53) ***bis spätestens 5. September*** akkreditieren, da das Platzangebot sehr begrenzt ist.
Auch im Falle einer Zusage können aber grundsätzlich pro Fernsehteam maximal zwei Personen sowie als Fotografen oder Reporter jeweils nur eine Person zugelassen werden.
Der Termin für den Anstich ist Samstag, 17. September, 12 Uhr.

261.083 Kilometer: München führt beim Klima-Bündnis-Stadtradeln
(19.8.2011) Ihre Bestleistung von 168.335 Kilometern im vergangenen Jahr hat die Landeshauptstadt München beim Wettbewerb Stadtradeln heuer deutlich übertroffen: Die Münchner Radlerinnen und Radler haben ihre „Radlhauptstadt" unter den bislang 19 teilnehmenden Städten und Gemeinden mit 261.083 zurückgelegten Kilometern klar auf Platz 1 gestrampelt. „Das ist wirklich klasse und zeigt: Radfahren liegt voll im Trend. Es ist

umweltschonend, kostengünstig und ermöglicht gerade in der Großstadt, auf sehr flexible und zügige Art voranzukommen", freut sich Radlbürgermeister Hep Monatzeder über das schöne Ergebnis. Bereits 2010 hatte München in dem bundesweiten Wettbewerb des Klima-Bündnis e.V. den Titel „Fahrradaktivste Stadt" errungen. Ob München den Titel heuer verteidigen kann, lässt sich noch nicht sagen, denn in etlichen Städten und Gemeinden geht das Stadtradeln erst noch los, da der Aktionszeitraum selbst gewählt werden kann. „Die Münchner Vorgabe dürfte hie und da aber für verstärkten Ehrgeiz sorgen", schätzt Monatzeder. Beim Stadtradeln treten Kommunen gegeneinander an. Sie versuchen innerhalb von drei Wochen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zum Radeln zu motivieren – wer die meisten Kilometer sammelt und damit möglichst viel CO_2 einspart, gewinnt.
In München haben heuer 843 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in 51 Teams vom 8. bis 28. Juli 261.083 Kilometer zurückgelegt, was einer Einsparung von 37.596 Kilogramm CO_2 – verglichen mit den Emissionen eines durchschnittlichen Autos auf der gleichen Strecke – entspricht. „Und das, obwohl es das Wetter heuer nicht gerade gut mit uns meinte", so Monatzeder. Die Ergebnisse aller Kommunen, die bisher teilgenommen haben, sowie die Einzelergebnisse der Münchner Teams sind im Internet auf *www.stadtradeln.de* zu finden.
„Die CO_2-Belastung unseres Klimas lässt sich durchs Radeln nicht unerheblich reduzieren. Das Ergebnis von knapp 40 Tonnen eingesparten CO_2 in drei Wochen zeigt einmal mehr, dass es unerlässlich ist, den innerstädtischen Radverkehr nachhaltig zu stärken – besonders wenn man bedenkt, dass rund 80 Prozent aller Autofahrten in der Stadt kürzer als fünf Kilometer sind und sich oftmals auch bequem mit dem Rad erledigen lassen", so Monatzeder, der schon jetzt hofft, dass die Zahl der Stadtradlerinnen und Stadtradler 2012 noch einmal deutlich steigt.

FDP-Antrag zum Thema Markthallen kann nicht im Ferienausschuss des Stadtrats behandelt werden

(19.8.2011) Der Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur dringlichen Behandlung im Feriensenat am 24. August „Kommunalreferat gibt die Zuständigkeit für den Eigenbetrieb Markthallen München (MHM) ab" kann nicht im Ferienausschuss des Stadtrats behandelt werden. Gegenstand des Antrags ist die Ausgliederung des Eigenbetriebs Markthallen München zum 1. September 2011 aus dem Kommunalreferat und seine Übertragung auf das Referat für Arbeit und Wirtschaft oder alternativ auf die Stadtkämmerei. Für diese Angelegenheit besteht nach Prüfung durch die Rechtsabtei-

lung im Direktorium keine Beschlussfassungskompetenz des Ferienausschusses.
Nach Paragraf 7 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats (GeschO) übernimmt der Verwaltungs- und Personalausschuss (VPA) für die Zeit der Sitzungsferien die Aufgaben der Vollversammlung und der Senate. Hiervon ausgenommen sind jedoch ausdrücklich u.a. die Verteilung der Geschäfte unter die Stadtratsmitglieder (Paragraf 7 Abs. 2 Satz 2 GeschO in Verbindung mit Paragraf 2 Nr. 7 GeschO) sowie Angelegenheiten der Eigenbetriebe (Paragraf 7 Abs. 2 Satz 2 GeschO in Verbindung mit Paragraf 2 Nr. 17 GeschO).
Die Ausgliederung des Eigenbetriebs Markthallen München aus dem Kommunalreferat und die Übertragung auf ein anderes Referat ändert sowohl die Geschäftsverteilung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder als auch Regelungen der Betriebssatzung. Im Ergebnis kann deshalb der Antrag aus rechtlichen Gründen nicht im Ferienausschuss behandelt werden.
Dem steht auch nicht entgegen, dass der Antrag nur als „Empfehlung" formuliert ist. Als Empfehlung müsste sich der Antrag an den Oberbürgermeister als zuständiges Organ für die beantragte Entscheidung richten. Die Änderung der Geschäftsverteilung der Referate und der Eigenbetriebssatzung sind jedoch dem Stadtrat vorbehalten. Der Oberbürgermeister könnte deshalb der Empfehlung, wonach die Organisationsänderung zum 1. September umgesetzt werden soll, aus rechtlichen Gründen gar nicht entsprechen.

S-Bahn-Station Freiham wird in Finanzierungsprogramm des Freistaats aufgenommen

(19.8.2011) In zwei Jahren erhält die Münchner S-Bahn voraussichtlich wieder eine neue Station, nachdem 2009 die Haltestelle Hirschgarten eröffnet worden war. Im Frühjahr haben die Landeshauptstadt München, die Deutsche Bahn und der Freistaat bereits den Bau- und Finanzierungsvertrag für die neue Haltestelle „Freiham" unterzeichnet. Jetzt wird die neue Haltestelle verbindlich in das Finanzierungsprogramm des Freistaats aufgenommen. „Für die Attraktivität des neuen Stadtteils Freiham ist eine optimale Anbindung an den öffentlichen Verkehr von herausragender Bedeutung. Daher haben wir gemeinsam mit der Deutschen Bahn den Wunsch der Stadt München nach der Anbindung an das S-Bahn-Netz sofort aufgegriffen", betont Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil.
Die geplante S-Bahn-Station „Freiham" im Streckenabschnitt München-Westkreuz – Herrsching auf der Strecke der S 8 wird den neuen Stadtteil Freiham im Westen der Landeshauptstadt zwischen den vorhandenen Sta-

tionen Neuaubing und Harthaus direkt an das Münchner S-Bahnnetz anbinden. In Freiham entsteht in Teilabschnitten auf einer Gesamtfläche von 350 Hektar ein attraktiver neuer Wohn- und Gewerbestandort. Die S-Bahn-Linie S 8 fährt in den Hauptverkehrszeiten in einem Zehn-Minuten-Takt und in den restlichen Verkehrszeiten in einem 20-Minuten-Takt. Damit wird Freiham hervorragend an das Münchner Schnellbahn-Netz angebunden. Die Nachfrageabschätzung ergab Prognosewerte, die die neue S-Bahn-Station ohne weiteres rechtfertigen.
Die neue Station entspricht allen modernen Anforderungen an eine zeitgemäße S-Bahn-Haltestelle. Es werden zwei Außenbahnsteige mit einer Länge von je 210 Metern und einer Breite von vier Metern neu gebaut. Eine Bahnsteighöhe von 96 Zentimetern über Schienenoberkante ermöglicht den niveaugleichen Einstieg in die S-Bahn Züge. Die Bahnsteige können über Treppen sowie über zwei Aufzüge erreicht werden. Weitere Zugänge bestehen über den Hans-Stützle-Platz und über Rampen von der kreuzenden Anton-Böck-Straße. Die Bahnsteige erhalten jeweils ein Bahnsteigdach mit einer Länge von 140 Metern und einer Breite von vier Metern.
Die Gesamtkosten für den neuen Haltepunkt belaufen sich auf rund 5,7 Millionen Euro. Der Freistaat trägt insgesamt 2,3 Millionen Euro. Die restlichen Kosten übernimmt angesichts der herausragenden Bedeutung für die Entwicklung des neuen Stadtteils die Landeshauptstadt. „Aus Sicht der Landeshauptstadt München ist diese S-Bahn-Anbindung ein äußerst wichtiger Meilenstein für die nachhaltige Entwicklung des neuen Stadtteils Freiham", so Stadtdirektor Axel Markwardt vom Kommunalreferat. „Von dieser nunmehr gesicherten Erschließung mit der S-Bahn wird auch die weitere Entwicklung des südlich des neuen S-Bahnhofes gelegenen Gewerbegebietes sehr profitieren." Das Kommunalreferat hatte die Grundstücksverhandlungen für die Landeshauptstadt München geführt. Zeitgleich mit dem Beginn der Besiedlung von Freiham-Nord, zukünftig Wohnort für bis zu 20.000 Menschen, konnte mit der S-Bahn-Station für die neuen Bewohner eine sehr gute Anbindung an die Münchner Innenstadt geschaffen werden. Bis zum Hauptbahnhof benötigt die S-Bahn von Freiham aus nur zehn Minuten, ein echtes Plus für die Attraktivität des im Entstehen befindlichen Stadtteils. Die neue Unterführung unter der Station ergänzt das Projekt. Über deren Bau wird eine ergänzende Vereinbarung zwischen der Stadt und der Deutschen Bahn abgeschlossen. Die Landeshauptstadt wird danach die Kosten für die neue Unterführung in Höhe von voraussichtlich 2,8 Millionen Euro übernehmen.

Wertstoffhöfe bleiben am Samstag und Montag geschlossen
(19.8.2011) Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) informiert, dass alle Wertstoffhöfe am Samstag, 20. August, und Montag, 22. August, geschlossen bleiben. Aufgrund des heute stattgefundenen Streiks der Münchner Müllabfuhr kam auch die Entsorgung der Wertstoffhöfe zum Erliegen. Um die dort angelieferten Sperrmüllmengen, Wertstoffe und Abfälle von Donnerstagnachmittag und Freitag abtransportieren und wieder einen geordneten Betrieb aufnehmen zu können, ist leider eine Schließung notwendig.
Die aufgrund des Streiks ausgefallenen Leerungen der Restmüll-, Papier- und Biotonnen werden im Laufe der kommenden Woche sukzessive nachgeholt. Es sind die Mülltonnen betroffen, die regulär donnerstags geleert werden. Die Werkleitung des AWM bedauert außerordentlich, dass die Münchnerinnen und Münchner durch die Auswirkungen des Streiks in dieser Weise betroffen sind und bittet um Verständnis.
Nähere Informationen auch über das Infocenter des AWM, Telefon 2 33-9 62 00.

(teilweise voraus)
Baureferat kündigt Baufirma wegen des Einsatzes Illegaler
(19.8.2011) Gestern Vormittag fand auf der städtischen Baustelle „Grundschule an der Grafinger Straße“ eine Razzia des Zolls mit der Polizei gegen Schwarzarbeit statt. Dabei wurden drei illegal Beschäftigte der beauftragten Baufirma aufgegriffen. Das Baureferat hat daraufhin sofort reagiert und gegenüber dieser Firma die fristlose Kündigung des Bauvertrags aus wichtigem Grunde ausgesprochen. Darüber hinaus greift hier die vom Baureferat entwickelte und 2007 vom Stadtrat beschlossene Vertragsstrafenklausel zur Sicherung der Mindestlohnpflichten. Diese Klausel war Bestandteil des von der Baufirma unterzeichneten Bauvertrags. Die Klausel berechtigt das Baureferat, sämtliche ausstehende Zahlungen an die Baufirma zu sperren, bis der vorenthaltene Lohn im vollen Umfang an die betroffenen Arbeiter ausgezahlt ist.

Verlängerung der Ausstellung „Neues Leben für die Isar“
(19.8.2011) Für alle, die sich in Ruhe noch einmal über die Isarrenaturierung, aber auch über die historische Beziehung von Stadt und Fluss informieren möchten, wurde die Ausstellung „Neues Leben für die Isar“ bis zum 26. August verlängert. Die reich bebilderte und informative Ausstellung des Baureferates im Technischen Rathaus, Friedenstraße 40, ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche

Mittwoch, 24. August

9.00 Uhr Verwaltungs- und Personalausschuss als Feriensenat – Großer Sitzungssaal

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 19. August 2011

Umfang städtischer Vorlagen eindampfen
Antrag Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU)

S-Bahn-Störmanagementunterstützungssystem SALTOS der TU München dem Stadtrat vorstellen
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Fachtag ESF Förderung ab 2014 – Maximale Mittel für München möglich machen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegried Benker, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Kommunalreferat gibt die Zuständigkeit für den Eigenbetrieb Markthallen München (MHM) ab
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Unser Viertel soll lebenswert bleiben – keine Massenunterkunft in Berg am Laim!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Marian Offman **Richard Quaas**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
19.08.11

Umfang städtischer Vorlagen eindampfen

Der Umfang der von der Verwaltung gefertigten Vorlagen für den Stadtrat wird eingeschränkt. Als Obergrenze ohne Anlagen gelten künftig maximal 6000 Worte. Das sind ca. 12-15 Seiten. Die Anzahl der Anlagen sollte die Seitenzahl des Vorlagetextes nicht überschreiten

Begründung:

Die Vereinten Nationen haben festgelegt, dass - um Geld und Zeit zu sparen - für Berichte zwischenstaatlicher Gremien künftig eine Obergrenze von 10.700 Wörtern und für Berichte des UN – Sekretariats eine Obergrenze von 8500 Wörtern festgelegt wird. Was für die Vereinten Nationen gut ist, kann für den Münchner Stadtrat nur recht sein.

Festzustellen ist, dass im Verlaufe der letzten Jahre der Umfang der von der Verwaltung gefertigten Vorlagen stetig zugenommen hat. Umso umfangreicher eine Vorlage ist, desto schwieriger ist auch, die Kernaussage zu verstehen. Manche sprechen dabei sogar von Vernebelungstaktik.

Doch der zeitliche Aufwand ist nicht nur für die Erstellung sondern auch im Zusammenhang mit der Lektüre der Vorlagen zu bewerten. Angesichts der derzeitigen Fülle und des Umfangs der Vorlagen für den Münchner Stadtrat ist eine gründliche Bearbeitung zeitlich fast nicht mehr möglich. Damit aber ist die Erfüllung des Wählerauftrags – nämlich die Kontrolle der Verwaltung – gefährdet. Allein eine Zusammenfassung reicht nicht aus, denn oftmals steckt der Teufel im Detail.

Marian Offman, Stadtrat Richard Quaas, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: marian@offman.org
Marian Offman; Nederlingerstr. 61; 80638 München

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
19.08.11

S-Bahn-Störmanagementunterstützungssystem SALTOS der TU München dem Stadtrat vorstellen

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird das bereits vor 10 Jahren entwickelte rechner-basierte Störfallunterstützungssystem SALTOS der TU München für die Münchner S-Bahn vorgestellt. Vertreter der S-Bahn München und der DB Netz AG sowie des Freistaats Bayern werden bei der Präsentation als Fachleute hinzugeladen und gebeten, einen Ausblick auf aktuelle Maßnahmen zu geben, wie das Störfallmanagement und insbesondere die Störfallkommunikation bei der S-Bahn München in absehbarer Zeit verbessert werden wird.

Organisatorisch wird empfohlen, diese Präsentation im Rahmen der mit Stadtratsantrag-Nr. 08-14 / A 02168 „Minister Zeil ist ungehalten, Münchner Stadtrat und S-Bahn-Kunden sind es auch: Störursachen und Störungsfolgen bei Stammstreckenstörungen endlich minimieren“ohnehin beantragten Anhörung durchzuführen.

Begründung:
Bereits vor einem knappen Jahrzehnt /1/ wurde das Programm SALTOS an der TU München unter der Leitung von em. Prof. Kirchhof entwickelt und öffentlich vorgestellt. Es sollte dazu dienen, die S-Bahn-Disponenten in der Leitzentrale bei gravierenden Störungen zu unterstützen. In diesen Situationen herrscht bekanntlich Stress pur in dieser Zentrale und Fehldispositionen sind menschlich verständlich. Umso wichtiger wäre es in der Tat, mit einem entsprechenden Assistenzsystem den Disponenten Tipps zu geben oder die Auswirkungen vorgesehener Entscheidungen auf das S-Bahnsystem vorherzuberechnen.

Ziel von SALTOS war es, die Stör-Auswirkungen auf die Fahrgäste so gering wie möglich zu halten.

Leider kam es nie zu einem operativen Einsatz von SALTOS in der Münchner S-Bahn, leider wurde auch nie seitens des Betreibers (DB Regio) oder seitens des Aufgabenträgers (Freistaat Bayern vertreten durch die BEG) anschließend kommuniziert, warum es nicht zu diesem Einsatz kam. Zwar wird in /1/ gemutmaßt, dass SALTOs keine personalwirtschaftlichen Belange wie z. B. Schichtpläne abbildete, aber das wäre angesichts der großen Zahl betroffener Fahrgäste zu beheben gewesen.

Es ist kaum fassbar, dass dieses Potential des Forschungsstandorts München in diesem Fall nicht in die Praxis übernommen wurde, zumal bei der Begründung von milliardenteuren Großinvestitionen immer wieder die Verbesserung der Störanfälligkeit beschworen wird..
Es ist daher höchste Zeit, dass sich der Münchner Stadtrat damit auseinandersetzt, nachdem seinem Votum bei Kernfragen des S-Bahnsystem regelmäßig eine entscheidende Bedeutung zugemessen wird..

Quelle
/1/ http://www.welt.de/print-wams/article605791/Saltos_macht_die_S_Bahn_flott.html

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 19.08.2011

Antrag

Fachtag ESF Förderung ab 2014 - Maximale Mittel für München möglich machen!

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München veranstaltet einen Fachtag zur konkreten Förderung von sozialen Projekten sowie Projekten aus Bereichen wie Bildung bzw. Migration durch den Europäischen Sozialfonds (ESF). Ziel des Fachtags soll es sein, neue Ideen, bestehende Projekte in München und gute Praxisbeispiele aus anderen Kommunen vorzustellen und Möglichkeiten darzustellen, wie ein Unterstützungs- und Beratungssystem rund um die ESF-Förderung auf- und ausgebaut werden kann.

Auf dem Fachtag soll dargestellt werden, welche Mittel auf den unterschiedlichen Ebenen zur Verfügung stehen, wie sich der Abruf von ESF-Mitteln in München im Vergleich zu anderen Kommunen derzeit darstellt und was geschehen muss, damit München in der ESF Förderperiode ab 2014 mehr Mittel akquirieren kann.

Konkret sollen dabei u.a. folgende Fragen geklärt werden:

Welche Mittel und Programme gibt es auf welcher Ebene (EU/Bund/Land)?
Welche Programme gibt es in anderen Kommunen? Um welche Summen handelt es sich dabei?
Wie hoch ist im Vergleich dazu die Summe, die München derzeit aus den ESF-Töpfen des Freistaats und des Bundes abruft?
Welche Beispiele anderer Kommunen kommen für München in Frage?
Wie sehen die Antragsmodalitäten aus und wer kennt sich damit aus bzw. kann Unterstützung und Beratung bieten?
Welche Strukturen brauchen wir, damit ESF-geförderte Programme in München verstärkt aufgelegt werden sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Projektlandschaft? Wie können Träger befähigt werden, ESF-geförderte Projekte aufzustellen? Wie kann sicher gestellt werden, dass München in der kommenden Förderperiode ab 2014 stärker in ESF geförderten Programmen erfolgreich aktiv wird?
Welche innovativen Konzepte könnte es geben z.B. für die Bereiche Migration und Bildung/Lebenslanges Lernen?

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Begründung:

Nach der 2010 durch die Bundesregierung beschlossenen massiven Kürzung der Eingliederungstitel wird 2012 in München ein Großteil der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AEH MAW) wegfallen. Gleichzeitig stehen v.a. auf Bundesebene beachtliche Summen aus dem Europäischen Sozialfonds zum Abruf bereit. Jedoch sind die Fördermodalitäten und -anträge oft recht komplex, selbst für erfahrene Träger und Verbände. Auf dem Fachtag sollen daher Expertinnen und Experten darstellen, welche Gelder abrufbar sind und was dabei zu beachten ist. Der Fachtag soll zum einen in Form von guten Praxisbeispielen darstellen, welche ESF-Förderprogramme für München denkbar sind und wie diese umgesetzt werden können. Außerdem soll es um die Frage gehen, wie Träger wie etwa der Münchner Flüchtlingsrat befähigt werden können, ESF-geförderte Projekte zu entwerfen und auf die Beine zu stellen. Ziel des Fachtags ist darüber hinaus die Bildung eines Netzwerks zur Unterstützung und Weiterbildung von Trägern, die ESF-geförderte Projekte entwerfen und durchziehen.

Fraktion die Grünen – rosa liste
Initiative:

Lydia Dietrich
Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Sabine Krieger
Mitglieder des Stadtrats

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

19.08.2011

Antrag zur dringlichen Behandlung im Feriensenat vom 24. August 2011

Kommunalreferat gibt die Zuständigkeit für den Eigenbetrieb Markthallen München (MHM) ab

Der Stadtrat möge beschließen:
Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, den Eigenbetrieb Markthallen München (MHM) zum 01.09.2011 aus dem Kommunalreferat auszugliedern und auf das Referat für Arbeit und Wirtschaft oder alternativ auf die Stadtkämmerei zu übertragen.

Begründung:
Der Eigenbetrieb Markthallen München (MHM) steht vor riesigen Herausforderungen. Die Veränderungen auf dem Viktualienmarkt verlangen eine sensible politische Handlungsweise, um das für München wichtige Aushängeschild Viktualienmarkt nicht zu gefährden. Der marode Zustand der Großmarkthalle macht Entscheidungen mit großer wirtschaftlicher und finanzieller Tragweite nötig. Das Kommunalreferat hat sich bisher einseitig auf eine Sanierung der Großmarkthalle am Standort festgelegt. Hierbei drohen enorme Kosten. Alternativen wurden nicht ernsthaft geprüft. Der weitere Prozess der Veränderung im Bereich der Großmarkthalle ist zwar angestoßen, aber noch lange nicht auf einem sicheren Weg. Die Interessen der Münchner Steuerzahler müssen gewahrt werden. Zum anderen sind die Bedürfnisse der Unternehmen in der Großmarkthalle und ihrer Kunden zu berücksichtigen, ebenso wie städtebauliche und umweltpolitische Aspekte.

Das Kommunalreferat wird nun mindestens sechs Monate ohne Führung einer Referatsleitung sein und ein neue/r Referent/in braucht nochmals ein gutes halbes Jahr, um sich in die Materie einzuarbeiten. Es sei denn, der FDP-Antrag, der eine Auflösung des Kommunalreferats fordert und eine sinnvolle Verteilung von Aufgaben des Kommunalreferats vorsieht, findet die Zustimmung der rot-grünen Stadtratsmehrheit. Sollte dieser sinnvolle Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion aus Koalitionsräson nicht umgesetzt werden, sollte der Oberbürgermeister dafür sorgen, dass der Eigenbetrieb Markthallen unmittelbar nach Ausscheiden der Kommunalreferentin in ein anderes Resort übertragen wird.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

BIA inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
19.08.2011

Unser Viertel soll lebenswert bleiben – keine Massenunterkunft in Berg am Laim!

Ich beantrage:

1. Einem von der T***-Vermögensverwaltung GmbH [Name bekannt] eingereichten Antrag auf Nutzungsänderung für das Gebäude in der Berg-am-Laim-Straße 127-129 wird keine Genehmigung durch die Lokalbaukommission erteilt.

2. Der Stadtrat wird über den aktuellen Sach- und Planungsstand informiert.

3. Die Stadt macht der T***-Vermögensverwaltung GmbH gegenüber deutlich, daß die von dieser verfolgten Pläne einer Umnutzung des fraglichen Gebäudes in ein „Hotel“ mit Rücksicht auf das Stadtviertel, seine Bewohner und die Lebensqualität in Berg am Laim stadtseitig abgelehnt werden und daß die Stadt eine Massenunterkunft in Berg am Laim nicht wünscht.

Begründung:

In Berg am Laim herrscht Unruhe. Seitdem vor einigen Wochen bekannt wurde, daß die T***-Vermögensverwaltung GmbH [Name bekannt; KR] beabsichtigt, das seit mehreren Jahren leerstehende ehemalige Verwaltungsgebäude der Klinge-Pharma (zuletzt Astellas) in der Berg-am-Laim-Straße 127-129 zu kaufen und in ein „Hotel“ umzuwandeln, gibt es Grund zur Annahme, daß das Gebäude künftig als Massenunterkunft – möglicherweise für ausländische Billigarbeitskräfte – genutzt werden soll. Die den unmittelbaren Nachbarn vorliegenden Bauantragspläne, aus denen Zimmeraufteilung und Belegungszahlen hervorgehen, nähren diesen Verdacht.

Gegen diese Pläne hat sich in Berg am Laim inzwischen Widerstand formiert. In einem jüngst zur Verteilung gelangten Informationsblatt der „Aktion gegen 700-Personen-Massenunterkunft“, das auch einen Vordruck für ein Protestschreiben enthält, wird u.a. argumentiert:

b.w.

„Wir befürchten, daß eine **Massenunterkunft für bis zu 700 Personen** unser mittelständisch strukturiertes Berg am Laim zu einem **sozialen Brennpunkt** machen und die **Wohnqualität** sowie den **Wert unserer Immobilien** drastisch mindern würde. Bei so vielen in einem einzigen Gebäude auf engstem Raum konzentrierten nicht heimischen Menschen muß mit erheblicher **Ruhestörung, Verschmutzung** und **kriminellen Delikten** (Einbruch, Diebstahl) bis zum **Drogenhandel** gerechnet werden. Wir sehen leider auch drohende **Gefahren für die Schule und den Kindergarten** auf der gegenüberliegenden Straßenseite. (...) Die zu erwartende Beschwichtigung, daß 700 Asylbewerber/Fremdarbeiter relativ zu 40.000 Einwohnern Berg am Laims gleich einem Anteil von 1,75 % keine Belastung darstellten, übersieht, daß bereits sehr viele in Berg am Laim leben und dazugezählt werden müssen, daß der Ausländeranteil schon 27 % beträgt und diese **700 Menschen** nicht in ganz Berg am Laim verteilt, sondern fast exakt im Zentrum Berg am Laims **dicht gedrängt in einem einzigen Gebäude untergebracht** wären.“ (Hervorhebungen im Original; KR)

Angesichts solcher Perspektiven und des bisherigen Auftretens der genannten Vermögensverwaltungs GmbH (so laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12.07.2011) kann sich der Münchner Stadtrat als gewählte Interessenvertretung der Münchner Bürgerinnen und Bürger diese Argumentation schlechterdings nur zueigen machen; dies umso mehr, als sich die Initiatoren des Protests ausdrücklich u.a. an den Stadtrat, seine Fraktionen und Parteien wenden.

Nur die Stadt verfügt andererseits über Instrumentarium und Gestaltungsmöglichkeiten, den berechtigten Bedenken der Berg am Laimer Bürger Rechnung zu tragen und auf das laufende Procedere bzw. auf die zuständige Lokalbaukommission im Sinne des Gemeinwohls Einfluß zu nehmen. Zu erinnern ist daran, daß sich die Stadt ja auch bei anderer Gelegenheit klar positioniert und dabei sogar Beeinträchtigungen der gesetzlichen Vertragsfreiheit in Kauf nimmt, um z.B. die Vermietung von Gaststätten-Räumlichkeiten an unerwünschte politische Gruppierungen zu unterbinden. Um wieviel mehr ist solche Einflußnahme geboten, wo die dauerhafte Implementierung mehrerer hundert „nicht heimischer Menschen“ in einem gewachsenen Münchner Stadtviertel mit allen negativen Begleiterscheinungen droht?

Daß der Stadtrat über den aktuellen Sach- und Planungsstand in der Angelegenheit informiert wird, ist eine Minimalforderung. Daß sich die Kommune darüber hinaus vor ihre Bürger stellt und ihnen zur Seite steht, wenn es um die Abwehr von Ruhestörung, Verschmutzung, Überfremdung und Kriminalität geht, sollte man eigentlich von einer solidarisch handelnden Stadtführung erwarten dürfen.

Karl Richter
Stadtrat